

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/236

Bonn, den 12. Dezember 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	... und allen Menschen ein Wohlgefallen ? Weihnachten 1963 in der Zone - noch Tausende politische Häftlinge Von Helmut F. Bärwald	81
3	Auswärtige Kulturpolitik Mehr Anreiz zu nichtamtlicher Aktivität notwendig	24
3	Immer noch "Kroatische Kreuzbruderschaft" Zwei ihrer Organisatoren auf freiem Fuß ?	26
4	"Schwarzer Peter" für die Länderminister Studentenförderung in Genuzien zwischen Bund und Ländern Von Klaus Helfer	55
5 - 7	Deutsche in Frankreich (III und Schluß) Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	130

***** ERHARD IM BLICK DES AUSLANDES *****

Der SED-PRESSEDIENST veröffentlicht am Freitag, dem 19. Dezember 1963 eine SONDERAUSGABE mit Artikeln seiner Auslandskorrespondenten, die das Echo des Kanzlerwechsels in WIEN, GENÈVE, BELGRAD, KOPENHAGEN, ROM und PARIS wiedergeben.

Die Redaktion

Chefredakteur Günter Markschefel

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170
Telefon: (022 21) Geschäftsführung 2 17 01, App. 319 · Redaktion: (2 18 31 / 32) · Telex: 8 886 800

... und allen Menschen ein Wohlgefallen?

Weihnachten 1963 in der Zone - noch Tausende politische Häftlinge

Von Helmut F. Barwald

An den Weihnachtstagen sollten unsere Gedanken mehr denn je zu den Menschen in Mitteldeutschland gehen, die als politische Gefangene in Ulbrichts Zuchthäusern und Straflagern vegetieren. Das Wissen um das Schicksal dieser rund 2.000 Gefangenen ist ein bitterer Tropfen im Zuckerguß deutscher Weihnachten 1963.

Wenn die SED-Machthaber immer wieder behaupten, das politische Ziel ihres Zonenstaates sei unter anderem der Schutz der Rechte und Interessen der Bürger, so ist das eine Lüge. Die Praktiken des Terrorregimes sind vielmehr eine ständige Verhöhnung und Mißachtung menschlicher Grundrechte. Wenn in der Bundesrepublik ein kommunistischer Agent vor ein Gericht gestellt und einem ordentlichen Verfahren unterworfen wird, weil wir uns schließlich gegen jeden Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung wahren müssen, dann schreiben die SED-Propagandisten: Der Bonker Staat ist ein unmenschliches System! Wir wissen, daß unsere Demokratie wie jedes lebendige Gebilde, auch ihre Schwächen hat und verbesserungswürdig ist. Aber wir haben die Möglichkeit - und darin liegt Recht und Pflicht zugleich für jeden Bürger der Bundesrepublik - auf der Basis menschlicher Rechte und des darauf fußenden Grundgesetzes diese unsere Demokratie auszubauen und zu stärken.

Sterben - das einzige Recht

In der Strafvollzugsanstalt Waldheim in Sachsen - um nur ein Beispiel zu nennen - sind zur Zeit etwa 2.000 Häftlinge untergebracht. Knapp die Hälfte davon sind aus politischen Gründen Verurteilte. Diese werden - das erinnert in makabrer Weise an die Verhältnisse in den Konzentrationslagern Hitlers - wesentlich schlechter behandelt als die kriminellen Häftlinge. Die Kriminellen lassen sich oft willig zu Spitzeldiensten gegen die Politischen mißbrauchen oder bekommen sogar, wie in SED-Haftlager Hohenschönhausen, als Kapos Befehlsgewalt über sie.

Übereinstimmend berichten alle in letzter Zeit erlassenen politischen Häftlinge, daß körperliche und seelische Mißhandlungen in den Strafanstalten der Zone nach wie vor an der Tagesordnung sind. Wenn die SED-Propagandisten Menschlichkeit heucheln, sollte man ihnen den Artikel 5 der Menschenrechts-Charta der UNO vorlegen, der lautet:

- * "Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden."

Das Ergebnis des angeblich "humanen Strafvollzugs" in der Sowjetzone besteht unter anderem darin, daß in den sogenannten Pflegestationen der Haftkrankenhäuser fast 10 Prozent der Gefangenen als haftunfähig behandelt werden muß.

Das einzige "Recht" der politischen Gefangenen in Mitteldeutschland besteht offenbar nur darin, körperliche Wracks zu werden und un-

ter unwürdigen Umständen zu sterben. Die Behandlung und Versorgung der kranken Häftlinge erfolgt nach dem Planprinzip; Aufgewandte Kosten müssen sich auszahlen. Das heißt, Gefangene, die nach einer möglichen Genesung nicht mehr arbeitsfähig sind, sind "Ballast", den man schnellstens abwerfen muß. Eine zynischere Verleugnung menschlicher Rechte und eine brutālere Verachtung menschlicher Würde ist kaum denkbar. Die erschütternde Bilanz dieses unmenschlichen Systems: Allein in der Strafanstalt Waldheim wurden in den ersten drei Monaten dieses Jahres 40 Selbstmordversuche unternommen.

Menschenverachtung als Methode

Wie sehr die politischen Gefangenen in der Zone zu "Aktenvorgängen" herabgewürdigt sind, die von der seelenlosen kommunistischen Bürokratie nur noch "verwaltet" werden, zeigt dieses wahrhaft erschütternde Beispiel: Der Leiter einer sowjetischen Strafanstalt antwortete dem Angehörigen eines politischen Gefangenen auf deren Gnadensuch:

- * "Mit der Petition kann man nicht einverstanden sein, zumal Ihr
- * Angehöriger während des faschistischen Krieges Mitarbeiter
- * der berüchtigten Gestapo war. Hinzu kommt, daß er nach 1945
- * nicht die richtigen Schlußfolgerungen gezogen hat ..."

Dazu ist zu sagen, daß der betreffende Häftling bei Kriegsende noch nicht einmal z e h n Jahre alt war! Mehr ist dem nicht hinzuzufügen, als die Frage: Versehen einer bornierten Bürokratie - oder Methode eines auf Unrecht und Unmenschlichkeit aufgestellten Systems?

"Erziehungsprozeß noch nicht abgeschlossen"

Wie viele Angehörige politischer Gefangener in der Zone, Ehefrauen, Kinder, Eltern, werden als "Weihnachtsgeschenk" den Brief eines sowjetischen Justizfunktionärs in der Hand halten, der ihnen in zynischen Worten mitteilt, daß der "Erziehungsprozeß" ihres Angehörigen "noch nicht abgeschlossen ist" und deshalb der "Antrag auf bedingte Strafaussetzung noch nicht befürwortet wird".

* * *

So bleibt den politischen Häftlingen in der Zone und ihren Angehörigen auch zu Weihnachten 1963 nur das bange Warten und Hoffen sowie das Wissen, daß Unmenschlichkeit noch niemals die Zukunft eines politischen Systems sichern konnte. Diese Hoffnung und dieses Wissen muß für uns, die wir in Freiheit leben und handeln können, über die Erkenntnis zum Auftrag führen. Wir alle sind aufgerufen, das unsere zur Erleichterung und zur glücklichen Wendung des Schicksals der politischen Gefangenen in der Zone beizutragen. Das sollte uns gerade in diesen Weihnachtstagen klar werden.

+ + +

"Schwarzer Peter" für die Länderminister

Von Klaus Helfer

Die Delegation des Deutschen Studentenwerkes, die Bundesinnenminister K. S. K. e. r. l. jetzt die Ergebnisse der 5. Enquete über die soziale Lage der deutschen Studenten vortrug, benutzte diese Gelegenheit, dem Minister gleichzeitig ihre Sorgen über das zukünftige Schicksal der Studentenförderung zu unterbreiten. Sie war damit an der richtigen Adresse, denn der Bundesinnenminister war es, der dem jahrzehntelangen Ringen um die dringend erforderliche Verbesserung des Konnefer Modells kürzlich eine dramatische Wendung gab, deren Folgen noch gar nicht abzusehen sind.

Die jüngste Sozialerhebung des Studentenwerkes belegt, daß der Anteil der mit staatlichen Mitteln geförderten Studenten auch im letzten Sommersemester weiter gesunken ist, weil - wie es in diesem Bericht heißt - "mit jedem Steigen der Löhne und Gehälter ein Teil der bisherigen Stipendienempfänger aus der Förderung herausfällt". Diese bedenkliche Entwicklung hat nach dem übereinstimmenden Urteil aller Beteiligten den Umstand zur Ursache, daß die der Förderung zugrundegelegten Bemessungsgrundlagen seit 1961 nicht an die Veränderung der Einkommensstruktur und der Lebenshaltungskosten angeglichen wurde. Alle Beteiligten sind sich ausserdem darüber einig, daß das Konnefer Modell verbessert werden muß. Auch die von der Bundesregierung und der CDU-Bundestagsfraktion in die Verhandlungen eingebrachte Erschwerung, die Verbesserung der Studentenförderung mit einer Änderung ihrer Struktur in Richtung der Ausweitung der als Darlehen zu gebenden Förderungsanteile zu verknüpfen, schien durch einen Kompromißvorschlag der Konferenz der Kultusminister überwunden, der Verbesserungen noch in diesem Wintersemester grünes Licht gegeben zu sein.

In diese Situation platzte die Bombe des Bundesinnenministers, der am 29. November dieses Jahres dem Präsidenten der Kultusministerkonferenz mitteilte, daß er den in seinem Haushalt angesetzten Bundesanteil zur Finanzierung des Konnefer Modells um die Hälfte kürzen müsse. Da es keine rechtliche Verpflichtung des Bundes dazu gäbe, die Hälfte der mit Rücksicht auf die angestrebten Verbesserungen angesetzten Gesamtsomme von 110 Millionen DM im Bundeshaushalt einzubringen, müsse er notwendige Sparmaßnahmen dort ansetzen, wo er annehmen dürfe, daß die Länder mit einer Erhöhung ihres Anteils von bisher 50 Prozent auf 75 Prozent einspringen könnten. Da der Minister gleichzeitig betonte, der Bund denke nicht daran, überhaupt aus der Studentenförderung auszuscheiden und im übrigen wissen ließ, daß sich die Situation natürlich ändern würde, wenn mit dem Abschluß eines Verwaltungsabkommens mit den Ländern die rechtliche Grundlage für eine fünfzigprozentige Beteiligung des Bundes an der Studentenförderung geschaffen sei, liegt es nahe, in diesem Schritt einen taktischen Schachzug zu sehen, der die Länder unter eine zwofache PreSSION setzen soll.

Die Kultusminister der Länder sollen offenbar dazu gebracht werden, ihre Bedenken gegen eine Ausweitung der Darlehensförderung bis in die Aufangsemester fallen zu lassen. Dafür spricht auch eine entsprechende Äusserung des CDU-MdB Stoltenberg. Die Finanzminister der Länder andererseits soll dieser Druck wohl veranlassen, ihre Bedenken gegen die Ratifizierung des vorliegenden Entwurfs eines Verwaltungsabkommens aufzugeben. Die Kultus- und Finanzminister der Länder finden nun bei ihrer heutigen Sitzung dem "Schwarzen Peter" des Bundesinnenministers auf dem Tisch. Sie wären gut beraten, wenn sie die Frage der Studentenförderung nicht ihrerseits zum Gegenstand eines taktischen Manövers machten, sondern sich zu einem Votum entschlossen, das der Sache angemessen ist. Die Kasseler Empfehlung der Kultusminister scheint dafür die geeignete Grundlage zu sein.

Deutsche in Frankreich (III - Schluss)

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Vor der Schaffung diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Paris mußten sich in Not geratene Deutsche in Frankreich an Hilfseinrichtungen, wie das Internationale Rote Kreuz, religiöse oder gewerkschaftliche Organisationen wenden. Wieder war es das Deutsche Gewerkschaftssekretariat in Paris, dem es durch Verhandlungen mit der Deutschen Diplomatischen Mission und der Bundesregierung gelang, 1951 den "Deutschen Hilfsverein" ins Leben zu rufen. Ein Jahr später wurde er von der französischen Regierung offiziell anerkannt.

Im Vorstand dieses Hilfsvereins sind alle Organisationen vertreten, die sich mit sozialer Fürsorge für Deutsche in Frankreich befassen: die Botschaft der Bundesrepublik, die Kirchen, die YMCA, die Gewerkschaften, die Arbeitgeber, zwei Ärzte und ein Rechtsanwalt.

Mit Hilfe der beiden Regierungen war es nun möglich, Hunderte von deutschen Arbeiterkindern von Frankreich zu längeren Ferien in die Bundesrepublik zu schicken und trotz dauerndem Aufenthalt im Ausland die Fäden zur Heimat nicht abreißen zu lassen. Französische Hilfsorganisationen arbeiten mit dem Deutschen Hilfsverein zusammen, vor allem die in Frankreich so wichtigen Familienausgleichskassen.

Vorgeschichte

Auch der Hilfsverein hat seine Geschichte und seine Vorläufer. Der erste Hilfsverein für Deutsche in Frankreich wurde 1844 gegründet und ging im deutsch-französischen Krieg 1870 unter. Vor und nach dem ersten Weltkrieg gab es Neugründungen, deren Vermögen 1936 von den Nazis beschlagnahmt wurde (damals ungefähr anderthalb Millionen RM).

1951 wurde der jetzt bestehende deutsche Hilfsverein von Albert Preuss gegründet. Es gab damals noch sechzigtausend ehemalige deutsche Kriegsgefangene in Frankreich, die hier als freigelassene Arbeiter lebten. Dazu kamen zahlreiche deutsche Einwanderer, vor allem aus der Sowjetzone und aus den Ostgebieten.

Der Hilfsverein konnte mit spärlichen Mitteln, mit nur einer Handvoll hauptamtlicher Mitarbeiter und jetzt einigen hundert deutschen und französischen Helfern in den 13 Jahren seiner Existenz die Not vieler tausend Deutscher in Frankreich lindern.

Es gab und gibt nicht nur Direktunterstützungen. Eine der wichtigsten Tätigkeiten besteht in der alljährlichen Kinder-Ferienverschickung von ungefähr 5.000 deutschen und "französisch-deutschen" Kindern, die in deutschen oder "gemischten" Familien in Frankreich geboren sind und ihre Ferien in Deutschland verbringen. Der Hilfsverein berät auch die hier ansässigen deutschen Familien in allen Ausbildungsfragen und organisiert Sprachkurse in den verschiedenen Regionen Frankreichs, auch für französische Schulkinder.

Deutsche Mädchen in Paris

Ein besonderes Kapitel ist die Beratung der deutschen Mädchen, die zur Erlernung der französischen Sprache und vorübergehender Arbeit nach Frankreich kommen: ungefähr 6.000 alljährlich in Paris. Die meisten verzichten auf die langwierige Prozedur der Polizeimeldung, so daß die genaue Zahl schwer festzustellen ist. Viele kommen aber zum Halfe-

12. Dezember 1963

verein, immer mit den gleichen Fragen: Aufenthaltsgenehmigung, Arbeits-
erlaubnis, Krankenversicherung.

Viele deutsche Mädchen arbeiten in Paris, ohne Arbeitsverträge und
Aufenthaltsgenehmigung. In einem Monatsblatt des Hilfsvereins werden die
Mädchen auf ihre Rechte und auf die Gefahren aufmerksam gemacht. Dies
geschieht schon durch Zusammenwirken mit der Zentralstelle für Arbeits-
vermittlung in Frankfurt.

Für die Alten

Die beratende und helfende Tätigkeit des Hilfsvereins erstreckt
sich auf eine Fülle von Gebieten und Fällen. Dabei müssen sich die zu-
ständigen Personen durch das Gestrüpp der französischen und deutschen
Gesetzesparagrafen schlagen, es geht nämlich um die Übereinstimmung
zwischen den Arbeits- und Sozialgesetzgebungen in den beiden Ländern
und überhaupt im EWG-Raum. Nur einige Probleme sollen hier genannt wer-
den: Freizügigkeit der Arbeitnehmer im EWG-Raum, Anwendung des europäi-
schen Fürsorgeabkommens in Frankreich, staatliche Beihilfen für auslän-
dische Lehrlinge in Frankreich, staatliche Schülerbeihilfen.

Die Altersrentner stellen ein besonderes Problem. Zahlreiche deut-
sche Arbeitnehmer, die nach dem Krieg in Frankreich geblieben oder hier-
her verschlagen wurden, haben seither die Altersgrenze erreicht. Viele
deutsche Einwanderer waren früher Handwerker oder kleine Geschäftsleute
und haben infolgedessen keinen Anspruch auf soziale Leistungen aus der
Bundesrepublik. Hier muß der Deutsche Hilfsverein in Frankreich ein-
greifen; vor allem für die Alten, Kranken und in Not geratenen Lands-
leute.

In Ostfrankreich haben sich zahlreiche deutsche Staatsangehörige
schon um die Jahrhundertwende niedergelassen. Obwohl es damals bereits
eine freiwillige Sozialversicherung gab, wurden jedoch vielfach keine
Beiträge geleistet.

Besonders schlecht steht es um die aus dem südosteuropäischen Raum
stammenden deutschen Arbeitnehmer, die entweder nie Sozialversicherungs-
beiträge zahlten, oder deren Versicherungen erloschen sind.

Die Zusammenarbeit des Hilfsvereins mit den französischen und
deutschen Behörden ist erfreulich gut, um eine Durchsetzung der An-
träge und eine Überbrückungshilfe zu erwirken. Da die Wartezeit oft-
mals lang ist, muß der Hilfsverein in zahlreichen Fällen Unterstützun-
gen aus dem Spendenfonds gewähren.

Für die Jungen

Der größte Teil der Hilfsarbeit gilt aber den jungen Menschen.
Durch Beratung und direkte Hilfe, Deutschen Jugendlichen werden alljähr-
lich Arbeitsstellen und Zimmer vermittelt. Von der Zentralstelle für
Arbeitsvermittlung in Frankfurt werden dem Hilfsverein die Anschriften
aller nach Frankreich vermittelten Arbeitnehmer zugeleitet. Zahlreiche
Jugendliche suchen sich aber selbst an Ort und Stelle einen Arbeitsplatz.

Seit 13 Jahren werden in steigender Zahl Ferienverschickungen von
deutschen Kindern aus Frankreich nach Deutschland organisiert. Die Fer-
riehome liegen in allen Teilen der Bundesrepublik: von Hamburg bis in
den Schwarzwald.

Die reibungslose Durchführung solcher Ferienaktionen erfordert monatelange Vorbereitungen: Anmeldungen, Auswahl der Ferienheime, Überprüfung der Unterbringungsmöglichkeiten und -einrichtungen, Speisepläne mit Berücksichtigung der Gewohnheiten der in Frankreich aufgewachsenen Kinder und Jugendlichen.

Zugleich geht es darum, den in Frankreich lebenden jungen Deutschen einen entsprechenden Eindruck von der Heimat ihrer Eltern zu vermitteln, durch kulturelle Programme, Führungen in deutschen Städten, Besichtigungen, Ausflüge, Museumsbesuche usw. Zweisprachige Jugendleiter haben dabei eine wesentliche Rolle, Gerade diese jungen Menschen deutscher Abstammung werden somit zu einem wichtigen Bindeglied zwischen den beiden Ländern und können zur Völkerverständigung entscheidend beitragen.

Die deutschen Weihnachtsfeiern in Frankreich nehmen den Hilfsverein besonders in Anspruch, durch großangelegte Spendenaktionen in Zusammenarbeit mit Botschaft und Konsulaten. Die mühselige praktische Arbeit liegt allerdings vollständig bei den Vertrauensleuten und Helfern des Hilfsvereins. In manchen Gegenden nehmen heute ebensoviele Franzosen wie Deutsche an diesen Feiern teil. Die Mühen und Plagen der Hilfsvereinsmänner werden durch den besonderen Erfolg dieser Feiern belohnt. Die französische Presse berichtet immer ausführlich über diese Veranstaltungen.

* * *

Es ist unmöglich, im Rahmen eines einzigen Artikels auf die Vielfalt der Arbeit des Hilfsvereins im einzelnen einzugehen. Entscheidend ist, daß mit dieser Einrichtung Tausenden und Abertausenden in den letzten Jahren geholfen wurde, vor allem aus einem Gefühl menschlicher Pflicht.

Diese Tätigkeit ist denn auch weithin anerkannt. So erhielt der Hilfsverein zu seinem zehnjährigen Bestand Glückwünsche aus allen Kreisen, insbesondere vom Bundesjugendring, vom Vorstand der SPD, vom Vorstand der CDU, von vielen Bürgermeistern deutscher Städte, mit welchen der Hilfsverein zu tun hat, so insbesondere von Willy Brandt, vom DGB, dessen erster Vorsitzender Ludwig Rosenberg einer der Mitbegründer des Deutschen Hilfsvereins ist, sowie vom Präsidenten des Arbeitgeberverbandes.

Mit einem Wort, der Deutsche Hilfsverein in Frankreich ist kein bloßes Wohlfahrtsunternehmen, sondern eine Brücke zwischen den beiden Völkern. Die Grundpfeiler wurden auch hier lange vor den gegenwärtigen Regenten gelegt, mit dem festen Willen zur Verständigung und Freundschaft, als Wegweiser für kommende Generationen.

Zur Beachtung:

+ + +

In der Folge Nr. II "Deutsche in Frankreich" ist die Auflagenhöhe des PARISER KURIER irrtümlich mit 200 angegeben. Es muß heißen: 2 000. - Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß Albert F r e u s s nicht nur Chefredakteur des PARISER KURIER, sondern auch dessen Gründer ist.